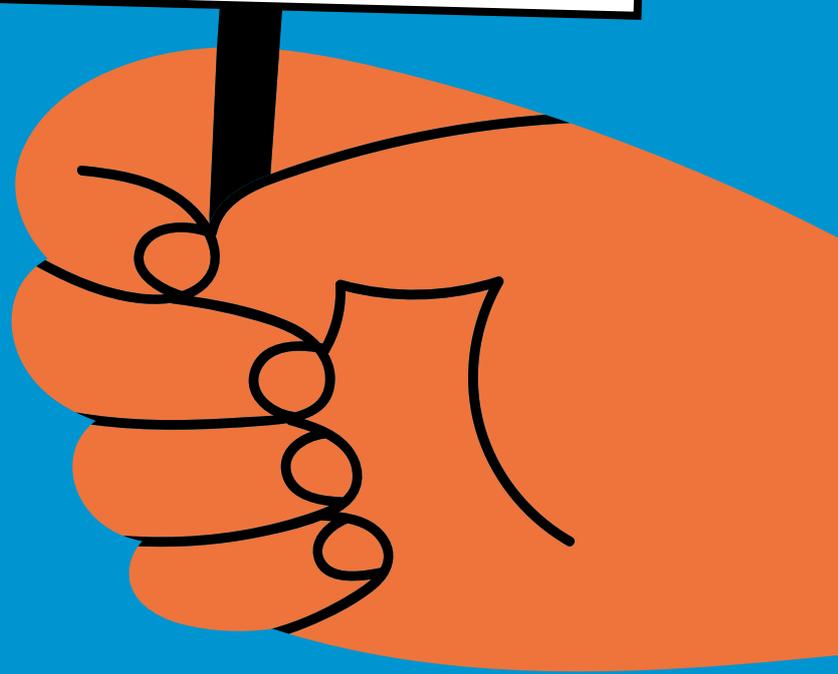


Listen to us!
Einblicke in die
„Heimerziehung“



**Hearing mit jungen Menschen,
Eltern und Fachpolitiker*innen
im Deutschen Bundestag**

**Dokumentation des Hearings am
19. September 2022 im Deutschen Bundestag**

Inhalt

- S. 3 I. Hearing mit jungen Menschen und Eltern im Zukunftsforum Heimerziehung
Fach Austausch zwischen Adressat*innen und Fachpolitiker*innen**
- S. 5 II. come in touch: Workshop mit jungen Menschen, Eltern und Abgeordneten**
- ▶ Jugendliche in Wohngruppen – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen
 - ▶ Leaving Care – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Erwachsenen
 - ▶ Eltern in der „Heimerziehung“ – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen
 - ▶ What To-do? Statements von Politiker*innen
- S. 18 III. Impulse und Forderungen an die Bundespolitik
Fachgespräch des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
- ▶ Rechte stärken und verwirklichen!
 - ▶ In Kontakt bleiben – Teilhabe ermöglichen!
 - ▶ Vorurteile abbauen und Entstigmatisierung fordern und fördern!
 - ▶ Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?
- S. 30 IV. Selbstvertretungen von jungen Menschen und Eltern ermöglichen!
Hearing mit Adressat*innen als Impuls für die Zukunftsgestaltung der
Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene**
- S. 36 V. Anhang**
- ▶ Programmablauf
 - ▶ Teilnehmer*innen

Impressum

Zukunftsforum Heimerziehung –

Bundesweite Initiative zur Weiterentwicklung der Heimerziehung



**Internationale
Gesellschaft für
erzieherische Hilfen**

Gefördert vom:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

E-Mail: verlag@igfh.de | Internet: www.igfh.de

© IGfH-Eigenverlag, Frankfurt am Main, 2022

Redaktion: Stefan Wedermann

ISBN: 978-3-947704-30-9

Satz: Paula Weise | Frankfurt am Main | www.bhivestudio.de

Fotos: © Marcus Glahn | Berlin | www.marcusglahn.de

Hearing mit jungen Menschen und Eltern im Zukunftsforum Heimerziehung

Fachaustausch zwischen Adressat*innen und Fachpolitiker*innen



Ankommen am Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag.

Das Zukunftsforum Heimerziehung ist eine Initiative zur Weiterentwicklung der „Heimerziehung“, welche durch die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) organisiert und moderiert wurde (www.zukunftsforum-heimerziehung.de) und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurde (Projektlaufzeit: Januar 2019 bis Juni 2021). Im Rahmen des Zukunftsforum Heimerziehung wurden zentrale Entwicklungsbedarfe und Strukturmerkmale gelingender „Heimerziehung“ herausgearbeitet und öffentlich erörtert. Hierzu wurden Wissen, Einschätzungen sowie Positionen von Fachleuten und Adressat*innen, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen zusammengetragen und diskutiert.

Das zentrale Arbeitsformat im Zukunftsforum Heimerziehung war eine bundesweit besetzte Expert*innenrunde mit mehr als 30 Mitgliedern (siehe www.zukunftsforum-heimerziehung.de). Die Aufgabe der Expert*innenrunde bestand in der Bündelung und Diskussion von Handlungsbedarfen im Feld der „Heimerziehung“ sowie der Ausarbeitung von Diskussionspapieren und fachlichen Positionierungen, die in einen breiteren öffentlichen Diskurs eingebracht wurden. Für die Entwicklung von Positionen und Empfehlungshinweisen wurden verschiedene Formate wie (Beteiligungs-)Werkstätten und Expert*innengespräche ausgerichtet sowie thematische Unterarbeitsgruppen gegründet und Expertisen angefertigt, in denen Einschätzungen und Positionierungen diskutiert und vertieft wurden. Aus diesen Formaten gingen mehr als ein Dutzend Dokumentationen, Expertisen, Positionspapiere etc. hervor, die als Referenzquellen für das vorliegende Abschlusspapier dienten.

Mindestens so zentral für die Erstellung der vorliegenden Weiterentwicklungsimpulse waren die Beteiligungsformate und ihre Dokumentationen. Gerade der direkte und dokumentierte Dialog in den (Beteiligungs-)Werkstätten mit jungen Menschen, Careleaver*innen, Eltern und Fachkräften gab wesentliche Anregungen für die Erarbeitung von Perspektiven und Forderungen zur Weiterentwicklung der „Heimerziehung“. Hier sind zahlreiche Hinweise für die zukünftige Gestaltung der Alltagsebene in Wohngruppen zu finden, was sich auch in fünf Publikationen ausdrückt, die auf der Projektseite zum Download bereitstehen.

Transfer als Ziel der Initiative

Ziel der Initiative Zukunftsforum Heimerziehung war und ist es, unter Beteiligung einer möglichst breiten Basis unterschiedlicher Akteur*innen zentrale Empfehlungen für die Weiterentwicklung der „Heimerziehung“ zu erarbeiten und den Transfer in die Praxis und Fachpolitik zu fördern. Hierzu wurden neben Veröffentlichungen und Austauschforen mit der Praxis auch der Austausch mit Bundestagsabgeordneten gesucht. Am 16. Dezember 2020 nahmen Alain Lukianoff und Nicole Knuth als Expert*innen aus dem Zukunftsforum Heimerziehung an einer Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages teil (vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw51-pa-kiko-806478>).

Das Hearing als Scharnier zwischen Adressat*innen und Fachpolitik

Das Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Fachpolitiker*innen war Bestandteil der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“. Die Initiative wurde so konzipiert, dass am Ende des Projektes ein Fachaustausch der beteiligten jungen Menschen und Eltern mit Fachpolitiker*innen des Bundestages ermöglicht wird. Dies konnte – nach dreimaligem Corona-bedingten Verschieben – am 19. September 2022 mit der Unterstützung von Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) organisiert werden. An dem Hearing nahmen 15 Adressat*innen und insgesamt 8 Abgeordnete des Bundestages sowie teilweise ihre Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen des BMFSFJ teil. Die Ausschussvorsitzende ermöglichte es, dass das Hearing im Saal des Bundesfamilienausschusses im Deutschen Bundestag – Paul-Löbe-Haus – ausgerichtet werden konnte.

Das Hearing ermöglichte den direkten Austausch in unterschiedlichen Formaten zwischen jungen Menschen, Eltern und Politiker*innen. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen und Forderungen, die zum Teil in den Beteiligungswerkstätten erarbeitet wurden, nicht nebeneinander stehen bleiben, sondern auch gemeinsame Anliegen an die Politiker*innen herangetragen werden. Die Auswertungen der Beteiligungswerkstätten zeigt eindrucksvoll, dass viele Themen und Forderungen für die Weiterentwicklung von Jugendlichen, Careleaver*innen, Eltern und auch von Fachkräften benannt wurden.

Dem folgend gliederte sich das Hearing in zwei sich aufeinander beziehende Veranstaltungsformate: Am Vormittag wurde sich in Form eines Workshops in drei Gruppen „Jugendliche“, „Careleaver*innen“ und „Eltern“ direkt zu Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen ausgetauscht (siehe ab Seite 5). Am Nachmittag lud der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die jungen Menschen und Eltern zu einem Fachgespräch ein, bei dem vor allem gemeinsame Themen und Anliegen im Plenum mit den Abgeordneten diskutiert wurde (siehe ab Seite 18).

Come in touch:

Workshop mit jungen Menschen, Eltern und Abgeordneten



Programmablauf

Begrüßung

Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ)

Zukunftsforum Heimerziehung – Ein kurzer Überblick

Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)

Einblicke in die „Heimerziehung“

drei Runden als direkte Tischdiskussionen jeweils 20 Minuten

- ▶ Austausch mit Eltern (Moderation: Prof. Dr. Nicole Knuth, Josef Koch)
- ▶ Austausch mit Jugendlichen (Moderation: Lucas-Johannes Herzog, Prof. Dr. Hans-Ullrich Krause)
- ▶ Austausch mit Careleaver*innen (Moderation: Elsa Thurm, Stefan Wedermann)

What To-do? Statements von Politiker*innen

Prof. Dr. Nicole Knuth und Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)

Um den direkten Austausch zwischen jungen Menschen, Eltern und Fachpolitiker*innen zu ermöglichen, wurde zu Beginn des Hearing im Rahmen eines Workshops mit Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz, der Vorsitzenden des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Ulrike Bahr und Ausschussmitgliedern sowie Vertreter*innen des BMFSFJ in den Gruppen „Jugendliche“, „Careleaver“ und „Eltern“ an Tischen diskutiert. Der Workshop begann mit einem herzlichen und zugewandten Grußwort an die Teilnehmer*innen durch die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz. Sie unterstrich, wie wichtig ihr der Austausch ist und dass sie sich sehr freue, dass dieses Format organisiert wurde. Hierbei bezog sie sich auch auf das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, dass im Juni 2021 in Kraft trat und die Rechte von jungen Menschen und Eltern nachhaltig stärke, was nun gemeinsam mit den jungen Menschen auch in der Praxis verwirklicht werden müsse. Anschließend sagte Josef Koch kurz etwas zur Rahmung des Hearings in der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“ und zeigte einen kurzen Einspieler mit Forderungen zur Förderung und Stärkung von Selbstvertretungen in der zukunftsorientierten „Heimerziehung“.

Der direkte Austausch zwischen den Teilnehmenden wurde in den drei Gruppen gestaltet. Die Adressat*innengruppen hatten so die Möglichkeit aus ihrer spezifischen Sichtweise als „Jugendliche“ „Careleaver*innen“ oder „Eltern“ mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Hierfür hatten die Gruppen Forderungen vorbereitet. In drei Runden zu je 20 Minuten konnten über deren Erfahrungen und Forderungen gesprochen werden. Die Diskussionszeiten waren sehr konzentriert und oft zu kurz. Die Teilnehmer*innen hatten sich intensiv auf dieses Hearing vorbereitet und eine Fülle an Forderungen für die Politiker*innen mitgebracht, die sich auch sehr an diesen interessiert zeigten und den persönlichen Austausch sehr wertschätzten.

Jugendliche in Wohngruppen – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen

Die Jugendlichen berichteten den Abgeordneten und ihren Mitarbeiter*innen aus ihren Erfahrungen sowie Lebensrealitäten und leiteten daraus Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebenssituationen in Wohngruppen ab. In den Gesprächen wurde intensiv der Zugang zu schulischer Förderung, Unterbringung in der Nähe ihres Wohnortes / Umgebung und der Verbesserung der Lebenssituation für alle Kinder in der Jugendhilfe, also auch für Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien diskutiert.

Es gab ganz bestimmt mehrere Situationen, die sowohl in der Vorbereitung und Durchführung als auch in der Zeit danach als besonders spannend bezeichnet werden könnten. Denn natürlich sind Begegnungen von jungen Menschen, die im Rahmen von stationären Hilfen Unterstützung erfahren, immer auch im Sinne von Austausch, Vergleich und Verstehen der Lage des Anderen von Bedeutung. Regionale Unterschiede, die Kultur in anderen Einrichtungen, die gesammelten Lebenserfahrungen, die rückblickende Sicht auf die eigenen Lebenssituationen und die der anderen, eröffnet ganz sicher wichtige Einblicke und führt zu neuen Erkenntnissen. Doch im Kontext unseres Hearings erscheinen diese Zusammenhänge eben noch in einem anderen Licht. Was nämlich bei diesem Treffen im Bundestag als ganz besonders wesentlich erschien waren drei Aspekte. Der eine war – und das wurde mehrfach von den Erwachsenen hervorgehoben – wie sicher und souverän die jungen Menschen auftraten. Die Sprecherinnen und Sprecher verblüfften die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Parteien durch ihre Art und Weise wie sie sprachen und wie sich zu erklären verstanden.

Das Zweite, was jedenfalls mir besonders nahe ging, waren die genauen Analysen, die die jungen Menschen vornehmen konnten. Die persönlichen Erfahrungen wurden in allgemeine Zusammenhänge gestellt. Zum Beispiel die Frage der Beteiligung, die eben als zentral benannt wurde. Und die in der Folge als ein zentrales Element gelingender Hilfen definiert wurde. So wie auch die Gleichbehandlung und die Kontinuität von Beziehungen. Und das dritte Herausragende war der Umgang miteinander und insgesamt. Die jungen Menschen konnten sich in einer beeindruckenden Weise aufeinander einstellen. Sie hatten sich im Vorfeld gut abgestimmt, die Redebeiträge bezogen sich aufeinander, schlossen aneinander an. Und obwohl durchaus sehr individuelle Botschaften vermittelt wurden, konnten die Zuhörenden so etwas wie Geschlossenheit wahrnehmen. Die Redenden warteten aufeinander, zeigten deutlich ihr Interesse an dem, was gesagt wurde, hielten sich dann an nötige zeitliche Beschränkungen, damit auch alle zu Wort kommen konnten. Doch die Fairness zeigte sich auch in den kritischen Betrachtungen der erlebten Praxis und in den Forderungen. Diese wurden gut begründet und sicher vorgetragen und sollten die Anwesenden nicht brüskieren, sondern überzeugen und mitnehmen. Das war beeindruckend.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Prof. Dr. Hans-Ullrich Krause

Forderungen von Jugendlichen

Wir wollen gerecht und individuell behandelt werden!

Die Diskrepanz des Aufwachsens zwischen Jugendlichen in Familien und in Einrichtungen muss benannt und dringend verringert werden.

Finanzierung eines bundesweiten Bahntickets für alle Jugendlichen in Wohngruppen – vor allem für Jugendliche im ländlichen Raum zur Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe.

In allen Wohngruppen (bei allen Trägern) muss es eine „gute“ Beteiligungs- und Beschwerdekultur geben – das darf nicht dem Zufall überlassen sein!

Das Ende der Jugendhilfe muss von den individuellen Bedürfnissen und der Situation des einzelnen jungen Menschen abhängen und nicht nach Vorgaben des Jugendamts erfolgen.

Politik muss absichern und evaluieren, dass und wie flächendeckend Ombudsstellen eingerichtet sind und erfolgreich arbeiten.

Wir fordern weniger Strafen und mehr Unterstützung!

Das Vertrauen, das wir den Erzieher*innen entgegenbringen, soll wertgeschätzt und nicht missbraucht werden.

Wir wünschen uns grundsätzlich mehr Mitbestimmung.



Es braucht Kampagnen zur Aufklärung und Information (auch in Schulen) was Jugendhilfe und „Heimerziehung“ ist und was sie bietet.

Wir wünschen uns, dass es grundsätzlich erlaubt ist, dass Freund*innen und Familie uns in unseren Wohngruppen besuchen und es Möglichkeiten gibt, dass sie dort auch übernachten dürfen. Wir möchten, dass unsere Erzieher*innen dabei auch spontan und flexibel sind.

Wir wünschen uns Gewaltfreiheit!

Wir wollen unsere Handys über Nacht behalten!

Unsere Privatsphäre soll ermöglicht, akzeptiert und geachtet werden.

Leaving Care – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Erwachsenen

Die Gruppe der jungen Erwachsenen mit Jugendhilfeeerfahrungen hatte sich auf verschiedene Themen für den direkten Austausch vorbereitet und Wünsche an die Politik gerichtet, um die stationäre Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig zu verändern und besser zu gestalten. Diese Forderungen wurden von den jungen Erwachsenen mit den Politiker*innen diskutiert.

Bildungschancen verbessern!

Es braucht Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen, egal, ob sie in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe aufwachsen oder nicht. Eine Hilfe darf nicht vor dem erfolgreichen Bestehen eines schulischen Abschlusses beendet werden. Der höchstmögliche Schulabschluss ist anzustreben und Nachhilfe muss bedingungslos möglich sein – nicht erst bei Versetzungsgefährdung.

Individuelle Hilfen gestalten!

Es braucht Hilfen, die an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtet sind. Die Erfahrungen, dass angebotene Hilfen oft schablonenhaft sind, individuelle Unterstützungsbedarfe kaum Berücksichtigung finden oder Hilfen durch äußere Faktoren (keine Haustiere in Wohngruppen, die Wohngruppe in einem anderen Bundesland und damit ein Wegfall von sozialen Kontakten) nicht annehmbar sind, sind vielfältig.

Blick auf psychische Gesundheit!

Die Careleaver*innen fordern einen besseren und detaillierten Blick auf ihre psychische Gesundheit. Sie sind bei „unangepasstem“ Verhalten, wie wütend eine Tür zuzuschlagen oder ärgerlich auf ein:e Betreuer*in reagieren nicht gleich fremd- oder selbstgefährdet und benötigen dementsprechend nicht gleich psychologische oder psychiatrische Unterstützung – eine Erfahrung, die viele Careleaver*innen teilen.

Über Rechte besser informieren!

Sie fühlen sich nach wie vor nicht ausreichend über ihre Rechte in der stationären Jugendhilfe informiert. Neben den fehlenden Informationen thematisieren sie auch die häufig rechtswidrige Umsetzung ihrer Rechte – sie berichten von Taschengeldentzug, von ungefragtem Eintreten in die Zimmer, vom Lesen privater Post u.v.m. Es fehlt hier auch noch zu oft die Möglichkeit, sich entsprechend zu beschweren und mit dieser Beschwerde auch gehört zu werden.

Ausbau und Aufklärung über Beschwerderecht und Ombudstellen!

Die jungen Erwachsenen berichten über die Bedeutung von Ombudstellen als unabhängige Beratungsstellen, die weiter gefördert werden müssen. Außerdem werden weitere Beratungsstellen für speziell diese Zielgruppe gefordert, die nach Verlassen der Jugendhilfe unterstützend wirken können.

Bessere Begleitung in die Selbstständigkeit!

Die Careleaver*innen fordern eine bessere und umfangreichere Verselbständigung. Um selbstbestimmt leben zu können, reicht es nicht, die Dienste in Wohngruppen regelmäßig zu erledigen, zu wissen, wie Wäsche gewaschen wird oder Gelder angemessen abrechnen zu können – es gehört viel mehr dazu. Es ist wichtig, sich zum Beispiel einen eigenen Rückzugsraum schaffen zu können, hier auch zu wissen, wie es „gemütlich“ werden kann, eine gute Tagesstruktur leben zu können, wichtige Termine nicht aus dem Blick zu verlieren. Im Übergang aus der stationären Jugendhilfe in ein selbstbestimmtes Leben fordern die Careleaver:innen eine kontinuierliche und gute Begleitung durch Fachkräfte, Zugang zu allen für sie relevanten Informationen und gegebenenfalls Kontaktstellen, um weitere Fragen klären zu können.



Heidi Reichinnek (MdB, Die Linken) und Luise Pfütze (Mitarbeiterin von Denise Loop, MdB, Bündnis 90/Die Grünen) im Gespräch mit Careleaver*innen.

Forderungen zum Übergang ins Erwachsenenleben!

Zum Übergang aus der stationären Jugendhilfe gibt es mehrere Forderungen: Es muss genügend Wohnraum für Careleaver*innen zur Verfügung stehen. Zu wenig und zu teurer Wohnraum erschweren den Übergang enorm. Außerdem haben sie kaum Möglichkeiten, einen Bürgen für den Wohnraum zu finden. Hier benötigt es eine Unterstützung. Auch die Finanzierung des selbstbestimmten Lebens nach der Jugendhilfe sollte gesichert sein, bevor eine Hilfe beendet wird. Finanzielle Unsicherheit führt zu oft zu Schieflagen in anderen Lebensbereichen, wie Ausbildung. Auch die Kostenheranziehung ist im Blick der Careleaver*innen. Sie fordern die komplette Abschaffung derselben, um die Möglichkeit zu haben, Gelder für ihr zukünftiges Leben ansparen zu können. Weiterhin ist der Abbau von Vorurteilen wichtig, da sie das Leben der jungen Menschen auch in der Selbständigkeit erschweren.

Hilfen für junge Volljährige nicht defizitorientiert!

Die Careleaver*innen ärgern sich auch über die defizitorientierte Jugendhilfe bei der Beantragung der „Hilfen für junge Volljährige“ (§41 SGB VIII). Sie erleben, obwohl rechtlich mittlerweile mit anderem Anspruch, dass eine Hilfeverlängerung nach wie vor an den Defiziten der jeweiligen Person festgemacht wird, dass sie sich selbst schlechter machen müssen, um eine Hilfeverlängerung bewilligt zu bekommen.

Coming Back Option und Ehemaligenkulturen ausbauen!

Gelingt die Selbständigkeit nicht, gibt es aktuell noch keine wirkliche Coming Back Option, obwohl rechtlich verankert. Die Careleaver:innen fordern eine gelingendere Realisierung dieser Möglichkeit und weniger Hürden in der Bewilligung. Außerdem wünschen sie sich von ihren Einrichtungen eine bessere Ehemaligenkultur. Diese ist oft noch gar nicht etabliert. Careleaver:innen wollen die Möglichkeit haben, zum Sonntagsfrühstück zu kommen, in die Neukonzeptionierungen eingebunden zu werden oder an der Hausordnung mitzuarbeiten.

Sozialrechtliche Scheidung und Status „Leaving Care“ rechtlich ermöglichen!

Wichtig ist auch die Forderung der Careleaver*innen, sich von den Herkunftseltern rechtlich scheiden lassen zu können, was vor allem bedeuten würde, im Ernstfall nicht für die eigenen Eltern aufkommen zu müssen. Daneben steht auch die Forderung nach einem eigenen Rechtsstatus Leaving Care. Beides würde es deutlich leichter machen, zum Beispiel Gelder zu beantragen oder an Wohnraum zu kommen.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Elsa Thurm

Forderungen von Careleaver*innen

Der höchstmögliche Schulabschluss muss angestrebt werden. Die Jugendhilfe muss während der gesamten Schulzeit zuständig und verfügbar sein.

Gelingende und geplante Übergänge aus den Hilfen.

Recht auf Rückkehr (Coming – Back – Option).

Stellen, an die man sich nach der Jugendhilfe bei Problemen wenden kann und Förderung dieser Stellen.

Die Garantie, dass Careleaver finanziell, sicher ein selbstbestimmtes Leben beginnen können.

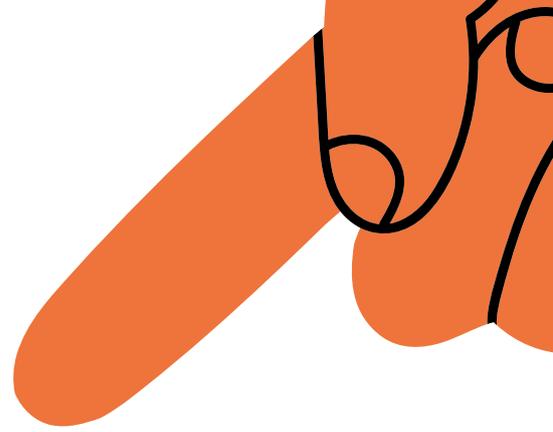
Eine menschliche und demokratische Jugendhilfe, die die Rechte von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien wahrt und sich für ihre Belange tatsächlich einsetzt.

Ausnahmslose Aufklärung von Jugendlichen über ihre Rechte in der Jugendhilfe.

Das Entwickeln bzw. Ausbauen einer Ehemaligenkultur, die auch als strukturelle Hilfe wirken kann.

Verselbständigung, die Careleaver praktisch, emotional und sozial auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

Die Abschaffung der Kostenheranziehung aus Einkommen und Vermögen von Careleavern.





Careleavern zu ermöglichen am kulturellen Leben teilzunehmen (z.B. ausreichend Gelder für Vereinsmitgliedschaften, Musikkurse, Sport und Theater).

Mehr geförderter Wohnraum.

Careleaver sind Expert*innen für ihre eigene Situation. Dementsprechend sollten sie am Hilfeverlauf und an der Gestaltung der Regeln tatsächlich beteiligt werden.

Die Gestaltung von angemessenen Abschieden aus Einrichtungen.

Feste Zuständigkeiten und verantwortliche Ansprechpartner*innen auch nach Hilfebeendigung.

Kreative, individuelle Lösungen für Hilfeformen finden und auch Ausnahmen zulassen.

Eine sozialrechtliche „Scheidung“ von den Eltern ermöglichen.

Wünsche, Sorgen, Bedürfnisse und Kritik von Careleavern wirklich ernstnehmen.

Mehr qualifiziertes und geprüftes Personal für stationäre Einrichtungen und vernünftige Ausstattung der Einrichtungen.

Kein pauschales Hilfeende mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres.

Zugang zu digitaler Infrastruktur.

Die Beendigung von defizitorientierter Hilfeplanung.

Eltern in der „Heimerziehung“

Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen

Die Eltern haben einen Forderungskatalog im Rahmen einer Beteiligungswerkstatt der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“ entworfen. Diese Forderungen bildeten den Ausgang für die Forderungen und Wünsche an die Politiker*innen, die Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig zu verbessern. Es wurden insbesondere drei Themen mit den Teilnehmer*innen diskutiert:

Entstigmatisierung in und durch „Heimerziehung“!

Die Eltern berichteten von Erfahrungen, in denen sie mit Vorurteilen gegenüber der „Heimerziehung“ und Stigmatisierungen als Eltern konfrontiert waren. Eltern in der „Heimerziehung“ bekommen oftmals einen „gesellschaftlichen Stempel“ aufgedrückt. Das gesellschaftliche „Bild“ von „Heimerziehung“ ist sehr schlecht und entspricht nicht ihren Erfahrungen. Von „Eltern“ wird häufig erwartet, dass sie sich „schämen“ sollen, weil ihr Kind in einer Wohngruppe lebt. Dies wirkt sich auch auf die Erfahrungen mit dem Jugendamt aus: „Bekommst du Hartz IV, bist du gleich in der unteren Schublade.“ Die Fachkräfte weisen oft ein „Schubladendenken“ auf, wie etwa eine Mutter berichtete „einmal Hartz IV, immer Hartz IV“. Eine andere Mutter erklärt: „Es darf nicht zu Stigmatisierung führen, wenn man sich Hilfe sucht und diese in Anspruch nimmt.“ Aufgrund dieser Erfahrungen fordern Eltern eine Entstigmatisierung! Sie fordern eine Öffentlichkeitsarbeit, die Aufklärung leistet und dazu beiträgt das Image der „Heimerziehung“ zu verbessern.

Eltern wollen „Eltern“ bleiben!

Die Eltern berichten über die Schwierigkeiten, während der „Heimunterbringung“ in gutem und regelmäßigem Kontakt mit ihren Kinder in einer Wohngruppe zu bleiben. Sie wollen möglichst am Alltag ihrer Kinder teilhaben und sich auch vergewissern können, dass es ihren Kindern gut geht. Eine Mutter formuliert es so: „Eltern wollen „Eltern“ ihrer Kinder bleiben!“. Hierfür ist eine wohnortnahe Unterbringung wesentlich, die oft langen Anfahrtswege erschweren einen guten Kontakt erheblich. Sie fordern daher eine wohnortnahe Unterbringung und Konzepte in den Einrichtungen, die Kontakte unterstützen und Alltagsbegleitung wie Schultermine oder Freizeitangebote ermöglichen. Auch für die Nachbetreuung ihrer Kinder halten sie die wohnortnahe Unterbringung für zentral.

Elternforum bundesweit aufbauen und fördern!

Im Rahmen des „Zukunftsforum Heimerziehung“ haben Eltern aus verschiedenen Regionen in Deutschland zusammen an einem Wochenende Erfahrungen ausgetauscht und Forderungen für eine zukunftsorientierte „Heimerziehung“ entwickelt. Dieser Austausch hat nicht nur wichtige Impulse für das „Zukunftsforum Heimerziehung“ formuliert, sondern wurde auch als persönlicher Gewinn für die Eltern beschrieben. Es braucht mehr dieser Austauschräume und eine Elternvernetzung möglichst bundesweit. Es gibt noch keine Strukturen für die Vernetzung wie zum Beispiel bei den Careleavern oder jungen Menschen in Wohngruppen. Die Vernetzung mit anderen Eltern würden sie auch gerne nutzen, um eine Elternselbstvertretung aufzubauen. Die Eltern forderten die Bundespolitiker*innen daher auf, sie in diesem Anliegen zu unterstützen und eine Elternselbstvertretung zu ermöglichen und zu fördern.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von Prof. Dr. Nicole Knuth

Forderungen von Eltern

Lobbyarbeit für und mit Eltern fördern!

Eine Vernetzung von Eltern untereinander ermöglichen!

Konzepte zur Zusammenarbeit gemeinsam mit Eltern entwickeln und Ressourcen zur Umsetzung bereitstellen!

Ausstattung und Rahmenbedingungen für Wohngruppen auch in Hinblick auf die Kooperation mit Eltern verbessern!

Eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!

Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Eltern auf- bzw. ausbauen!

Mehr Ressourcen, mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in den Jugendämtern!

Entscheidungsprozesse qualifizieren und die Hilfeplanung partizipativer gestalten!

Familien in ihrer Gesamtheit durch die Wohngruppen und Jugendämter begleiten und unterstützen!

Übergänge mit Eltern und Kindern qualifizieren!

Es braucht eine kontinuierliche Vertrauensperson!

Einbezug von Eltern im Alltag ermöglichen und fördern!

Es braucht ein bundesweites Elternforum!

What To-do?

Statements von Politiker*innen

Nicole Knuth und Josef Koch luden die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter*innen – die auch teilweise an dem Hearing teilnahmen – ein, ihre Eindrücke von den Gesprächen zu teilen. Gefragt wurde auch danach, was sie sich auf ihren „To Do Zettel“ notiert haben.

Denise Loop (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich beeindruckt von den Gesprächen und machte deutlich, dass der Platz auf dem vorbereiteten „To Do Zettel“ nicht ausgereicht hat – so viele Impulse gab es. Sie erklärte, dass sie gehört hat, dass es mehr Aufklärung über die eigenen Rechte brauche und dass es einen Ausbau von Ombudstellen brauche. Die Aufklärung über Rechte müsse auch in der Ausbildung von Fachkräften besser verankert werden. Weiterhin zeigte sie sich interessiert an der Forderung von Careleaver*innen einen eigenen Rechtsstatus „Leaving Care“ einzuführen und nahm auch die Forderung nach mehr Unabhängigkeit von den Eltern ernst. Dies müsse auch im Kontext der Ausgestaltung der Kindergrundsicherung thematisiert werden, erklärte Loop. Die Obfrau der Grünen im Bundesfamilienausschuss hob in ihrem Resümee des Austausches auch die Notwendigkeit der Förderung von Eltern und der konzeptionellen Absicherung der Elternarbeit hervor. Hierfür seien auch Projekte auf Bundesebene wichtig und zu prüfen.

Heidi Reichinnek (Die Linke) war ebenfalls von den persönlichen Begegnungen beeindruckt und bedankte sich dafür. Sie hatte sich auch die Bedeutung der ombudschaftlichen Arbeit in der Jugendhilfe notiert und zeigte sich von den Berichten zum Teil erschüttert, etwa, wenn die Privatheit nicht respektiert werde (Eindringen ins Zimmer) oder auch dass Taschengeld zur Bestrafung einbehalten werde. Reichinnek, die auch Mitglied der Kinderkommission des Bundestages ist, nahm auch die Forderung zur Einführung eines eigenen Rechtsstatus „Leaving Care“ mit und verwies auf die Bedeutung der Nachbetreuung und der Unterstützung im Übergang ins Erwachsenenleben.

Anne Dahlbüding (Referentin im BMFSFJ) war vor allem von den Berichten über die vielen Einzelgeschichten von Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen berührt, etwa dass in Wohngruppen keine Sexualität „gelebt werden dürfe“. Sie war sehr beeindruckt von dem Mut der Teilnehmer*innen, vom Privaten zu berichten und diese Erfahrungen in politische Forderungen zu übersetzen. Sie teilte mit, dass das BMFSFJ zukünftig mehr mit den Selbstvertretungen zusammenarbeiten möchte.

Dr. Ruth Vornefeld (Büroleiterin Ulrike Bahr, MdB) war über die regionalen Disparitäten überrascht und erklärte, dass es nicht sein dürfe, dass Jugendliche so ungleich behandelt werden, je nachdem welches Jugendamt zuständig ist. Auch die Praxis der Strafen über Taschengeldentzug sei nicht rechtsstaatlich und sei willkürlich, machte Vornefeld deutlich. Sie nehme auch die Forderung junger Erwachsener nach einem eigenen Rechtsstatus „Leaving Care“ mit und hob hervor, dass die Jugendhilfe dafür Sorge tragen müsse, dass junge Menschen nicht mit Schulden die Hilfen verlassen – dies sei auch ein Bildungsthema. Der Austausch mit den Eltern hatte sie auch beeindruckt, denn „Eltern bleiben Eltern“ und sie müssen einbezogen werden. Hierfür sei die wohnortnahe Unterbringung zentral. Sie stützte auch das Anliegen, eine Selbstvertretung von Eltern zu gründen und hob nochmal die Bedeutung der ombudschaftlichen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt hervor.

Luise Pfütze (wissenschaftliche Referentin von Denise Loop, MdB) hob in ihrem Redebeitrag die Bedeutung der Förderung der Schulbildung etwa durch Finanzierung der Nachhilfe hervor. Auch das Thema der Stigmatisierung der jungen Menschen und Eltern durch die „Heimerziehung“ hat sich Pfütze auf den „To do Zettel“ genommen. Die Forderungen der jungen Menschen, dass das Thema auch in die Lehrpläne der Schulen eingebracht



Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ) begrüßt die Teilnehmer*innen.

werden müsse und Lehrkräfte für Diskriminierungen sensibilisiert werden müssen, findet sie wichtig. Darüber hinaus hob sie die Bedeutung der Förderung und Ausbau der ombudtschaftlichen Arbeit hervor und stellte klar, dass der Rechtsanspruch auf sogenannte „Doppelhilfen“ deutlicher in die Praxis getragen werden muss. Sie zeigte sich überdies auch sehr an der Forderung eines eigenen Rechtsstatus „Leaving Care“ interessiert.

Nach den Rückmeldungen der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen wurde den jungen Menschen und Eltern nochmal die Möglichkeit gegeben, sich zu den Statements zu äußern.

Ruth Strüder (Careleaver e.V.) wies auf die Petition „Careleaver Revolte“ hin, die viele der Forderungen aufgreift.

Jonathan Tiessen (Landesheimrat Hessen) machte nochmal die Aufklärung über die Rechte stark und erklärte, dass hierbei die Ombudstellen wirklich wichtig sind. Das Thema „Aufwachsen in der Jugendhilfe“ sollte auch in die Lehrpläne in Schulen aufgenommen werden, denn Lehrer*innen können auch Aufklärung leisten und weitervermitteln.

Karn Born (Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz) wies auf das Recht auf Bildung hin. Die Jugendhilfe sollte den höchstmöglichen Schulabschluss mit dem jungen Menschen anstreben und nicht – wie oft jetzt – in eine Ausbildung drängen, um möglichst schnell aus den Hilfen zu kommen. Weiterhin forderte er Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und angesichts der Inflation eine dynamische Anpassung der Kostensätze und Taschengeld.

Alain Lukianoff (Landesheimrat Hessen) setzte sich dafür ein, dass Selbstvertretungen von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe in allen Bundesländern aufzubauen sind. Aktuell gibt es bisher in nur fünf Bundesländern Selbstvertretungen (Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz).

Paul-Moritz Frank (Landesheimrat Hessen) erklärt, dass auch kleine Beschwerdestellen vor Ort besser erreichbar sind und daher auch weiter gefördert werden müssen.

Sonja Grell (Elternvertreterin) unterstreicht nochmals den Punkt, dass Eltern „Eltern“ bleiben und Austauschforen brauchen und dies auch bundesweit. Sie fordert die Politik auf, Eltern auf ihrem Weg zur Gründung einer Selbstvertretung zu unterstützen.

Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

**Fachgespräch des Ausschusses
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend**



Programmablauf

Begrüßung

Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

Impulse von Jugendlichen, Careleaver*innen und Eltern zu den Themen:

- ▶ Rechte in der „Heimerziehung“
- ▶ In Kontakt bleiben
- ▶ Vorurteile abbauen – Entstigmatisierung

Mit Rückfragerunden der Ausschussmitglieder

Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?

Ulrike Bahr (Ausschussvorsitzende),

Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ) zusammen mit Ausschussmitgliedern

// Ende des Hearings

An den direkten Austausch am Vormittag im Rahmen des Workshops „come in touch“ zwischen Abgeordneten, Mitarbeiter*innen und jungen Menschen sowie Eltern in den Gruppen Bezugsgruppen „Jugendliche“, „Careleaver*innen“ und „Eltern“, schloss sich ein Fachgespräch mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages an. Junge Menschen und Eltern mit Erfahrungen in der „Heimerziehung“ hatten somit erstmals die Möglichkeit, im Format des Hearing mit den Mitgliedern des Ausschuss in den direkten Austausch zu kommen.

Im Rahmen der Beteiligungswerkstätten im „Zukunftsforum Heimerziehung“ wurde deutlich, dass viele Erfahrungen geteilt und Anliegen in allen Werkstätten thematisiert wurden. Tabea Möller hat diese Themen in der Broschüre „Anforderungen für anerkennende und anerkannte Orte des Aufwachsens“ zusammengestellt. In der Vorbereitung des Fachgespräches im Ausschuss einigten sich die Teilnehmer*innen, vor allem ihre Sichtweisen auf vier gemeinsame Themen – Rechte, In Kontakt bleiben, Vorurteile abbauen / Entstigmatisierung und Bildung – mit dem Ausschuss zu diskutieren.

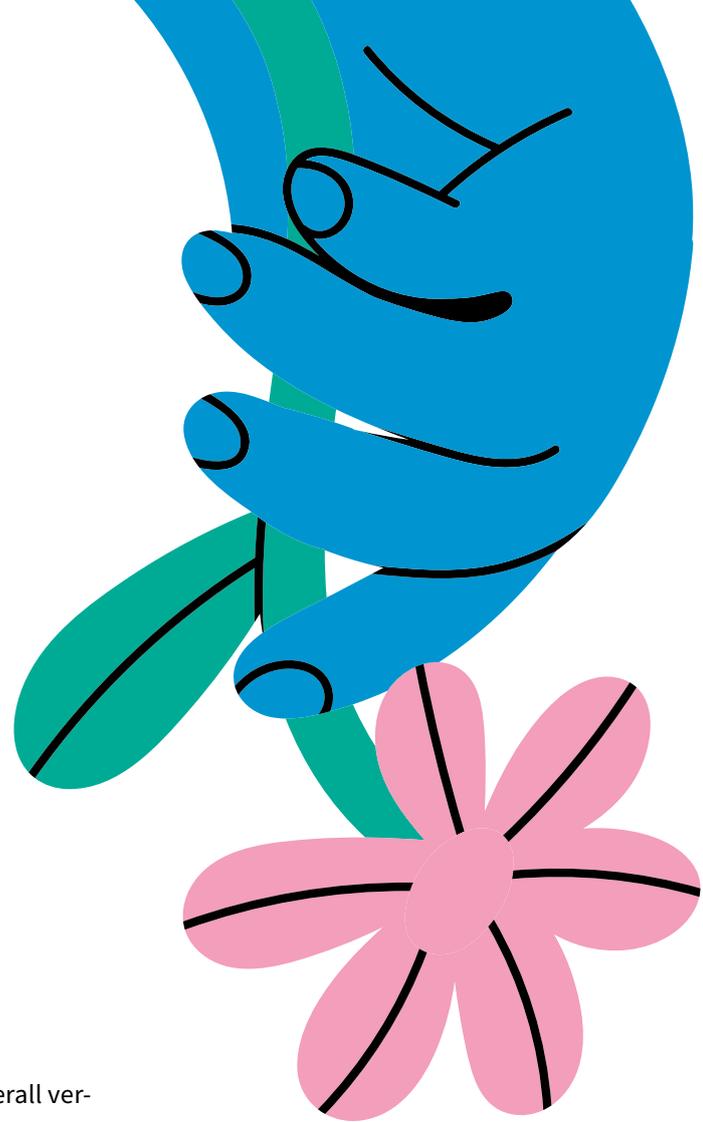
Zum Ablauf: Eine Gruppe, z.B. Jugendliche, brachte eines der Themen ins Fachgespräch ein und stellte dabei die Erfahrungen und Forderungen aus der Sicht der Gruppe, hier der Jugendlichen, vor. Die anderen Bezugsgruppen ergänzten ihre Sichtweisen und Forderungen zu dem Thema. Die Ausschussmitglieder hatten anschließend die Möglichkeit, Fragen an die Teilnehmer*innen zu richten und ins Gespräch zu kommen. Anschließend wurde von einer anderen Gruppe das nächste Thema eingebracht.





Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.

Rechte stärken und verwirklichen!



Impulse und Forderungen von Carelaver*innen

- ▶ Das Recht auf Hilfen über das 18. Lebensjahr hinaus muss überall verwirklicht werden. Immer noch werden viele Hilfen nach der Volljährigkeit beendet. Für eine Verlängerung der Hilfen sollte Ressourcenorientierung und Erfolge leitend sein und nicht eine Fokussierung auf die „Defizite“.
- ▶ Das Recht auf Rückkehr (Coming Back) muss ermöglicht und konzeptionell verankert werden. Junge Menschen, die nicht mehr in einer Wohngruppe leben, sollten auch nach dem Hilfeende die Möglichkeit haben, für eine Zeit und selbstbestimmt in die Wohngruppe zurückkehren zu können, wenn sie den Bedarf haben.

Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Das Recht auf Selbstvertretung und dessen Förderung muss durch Politik, Jugendämter und Ministerien ernstgenommen werden. Es braucht Selbstvertretungen von jungen Menschen, die in der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen, in allen Bundesländern und nicht wie bisher in nur fünf.
- ▶ Die Aufklärung über Rechte von jungen Menschen muss in den Einrichtungen Priorität haben und besser werden. Viele Kinder und Jugendliche kennen ihre Rechte nicht, was aber wichtig ist. Auch Fachkräfte müssen mehr über Kinderrechte in der Ausbildung lernen.

Impulse und Forderungen von Eltern

- ▶ Eltern haben ein Recht auf Teilhabe am Alltag ihrer Kinder, daher muss eine vom Wohnort weit entfernte Unterbringung begründungspflichtig sein. Eine lange Anreise zur Wohngruppe ist nicht nur ein deutlicher Kostenfaktor, sondern verhindert auch die Teilhabe an Dingen und Terminen des Alltags, etwa Elternabende in Schulen, Arztbesuch oder auch Hobbies.
- ▶ Es braucht Elternzimmer mit Übernachtungsmöglichkeiten in den Einrichtungen, damit auch Eltern bei weiter Anreise zu Besuch kommen können und Abend- und Morgenbegegnungen – zumindest punktuell – möglich sind.
- ▶ Es braucht Hilfen für Eltern und ein gelebtes Recht auf Elternarbeit, denn Eltern bekommen, wenn ihr Kind in einer Wohngruppe lebt, nur wenig bis keine Hilfen. Damit eine Rückkehr in die Familie aber möglich werden soll, brauchen auch die Eltern während dieser Zeit Hilfe und Unterstützung.

Rückmeldungen zu den Forderungen

Leni Breymaier (SPD) zeigt sich beeindruckt von den Impulsen und Forderungen. Sie stellt fest, dass es mehr Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe für die selbstbestimmte Lebensführung braucht.

Ruth Strüder (Careleaver e.V.) erklärt nochmal, dass es nicht gut ist, immer nur auf die Defizite und weniger auf die Ressourcen und Stärken der jungen Menschen zu schauen. Es gibt Druck vom Jugendamt: „Du musst das so machen und dann schnell ausziehen.“ Es wird auch immer wieder gesagt, dass wir zu viel Geld kosten, das ist nicht gut.

Daline Raphael (Careleaver e.V.) weist darauf hin, dass die Coming Back Option nun zwar im Gesetz steht, aber in der Praxis sei das noch nicht angekommen. Sie berichtet aus Erfahrungen aus dem Careleaver Netzwerk, dass bei Unterstützungsbedarfen nach Hilfeende die Türen der Einrichtung oft zu sind.

Paul-Moritz Frank (Landesheimrat Hessen) sensibilisiert die Abgeordneten dafür, dass die Beendigung einer Hilfe nicht wie in einer Klinik ist, sondern das ist das Zuhause der jungen Menschen! „Es ist ein Raus-schmeißen aus unserem Zuhause.“

In Kontakt bleiben – Teilhabe ermöglichen!

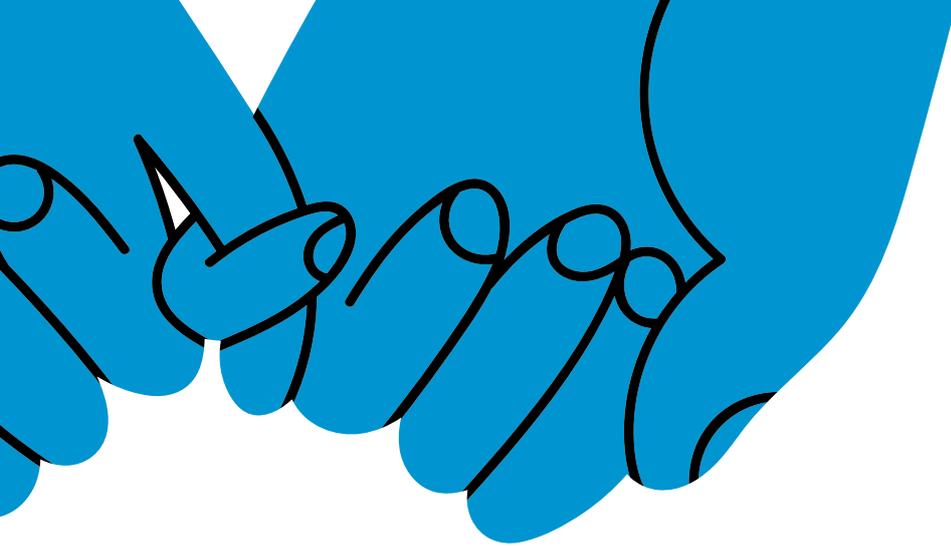


Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Junge Menschen haben ein Recht auf digitale Teilhabe. Hierzu müssen moderne und ausreichend Endgeräte zur Verfügung stehen und ein stabiles WLAN in den Wohngruppen frei zugänglich sein. In der Corona Pandemie konnten viele junge Menschen in Wohngruppen nicht am Onlineunterricht teilnehmen, was zu Benachteiligungen geführt hat.
- ▶ Junge Menschen müssen immer den Kontakt zu ihren Eltern halten können. Die Corona Pandemie hat auch gezeigt, dass dies nicht immer möglich war und die Kinder und Jugendlichen in den Wohngruppen bleiben mussten. Auch Eltern durften nicht zu Besuch kommen.

Impulse und Forderungen von Eltern

- ▶ Eltern bleiben Eltern! Auch wenn ihre Kinder in einer Wohngruppe leben, wollen Eltern am Leben ihrer Kinder teilhaben. Die Einrichtungen müssen das zulassen und Eltern auch als Ressource im Alltag verstehen.
- ▶ Eltern brauchen den Austausch mit den Fachkräften in der Einrichtung. Die Fachkräfte begleiten ihr Kind jeden Tag und Eltern wünschen sich daher auch einen Austausch und damit auch Zeit mit den Fachkräften, was aber oft nicht ermöglicht wird.
- ▶ Die Mitarbeiter*innen im Jugendamt müssen verlässlich erreichbar sein. Das Jugendamt ist zentraler Ansprechpartner für die Eltern und die jungen Menschen. Die Erfahrungen zeigen, dass die vielen personellen Wechsel und nicht besetzte Stellen einen verlässlichen Kontakt verhindern – zum Teil ist das Jugendamt gar nicht zu erreichen, wie die Corona Pandemie verdeutlicht hat. Eltern werden auch nach Hilfebeginn und Unterbringung des Kindes in einer Wohngruppe vom Jugendamt „vergessen“.



Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Es braucht (mehr) Beratungsstellen für Careleaver*innen, da bestehende Angebote eher auf junge Menschen in den Hilfen abzielen. Der Kontakt zu den Beratungsstellen sollte schon vor Hilfeende gefördert werden. Diese Beratungsstellen müssen personell und finanziell unterstützt werden, da sie im Übergang ins Erwachsenenleben einen zentralen Beitrag leisten (können).
- ▶ Es braucht eine Ehemaligen-Arbeit in den Einrichtungen bzw. der Träger, damit junge Erwachsene die Möglichkeit haben, weiterhin an der Einrichtung partizipieren können – etwa bei konzeptionellen Weiterentwicklungen. Die Ehemaligen können aber auch eine Art Lotsen- oder Mentor*innenfunktion für jüngere Menschen in den Wohngruppen haben.
- ▶ Der Kontakt zu und regionaler Ausbau der Ombudschaften muss gestärkt werden, damit die jungen Menschen sich unabhängig und niedrigschwellig über ihre Rechte informieren und beraten lassen können.

Rückmeldungen zu den Forderungen

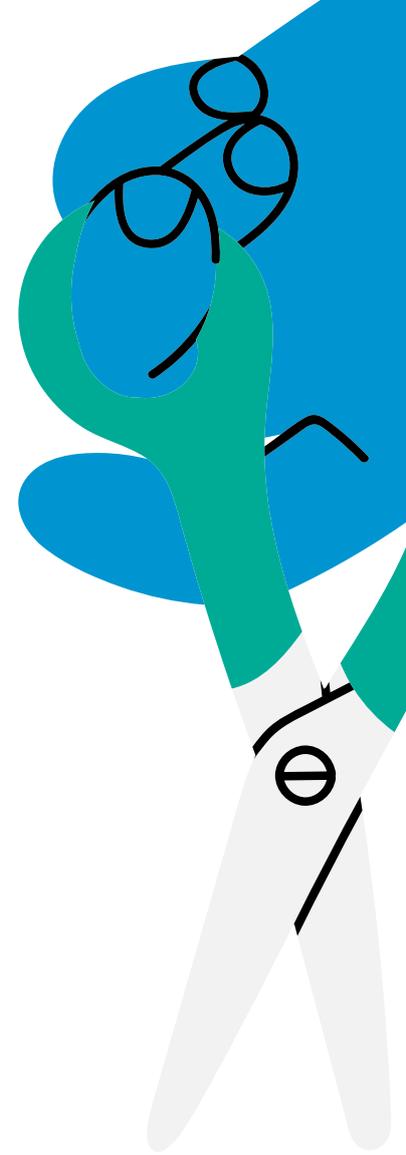
Ulrike Bahr (SPD) ist sehr dankbar für die Sichtweisen und Erfahrungen der jungen Menschen und Eltern. Sie berichtet von der Ombudstelle in Bayern, in dessen Gründung sie involviert war und dass die Fälle immer mehr zunehmen. Dies zeigt, wie wichtig unabhängige Beschwerdestellen sind. Sie erklärt, dass es mehr Ombudstellen braucht, die diese wichtige Arbeit unabhängig machen.

Nicole Knuth (FH Dortmund/Vorsitz IGfH) unterstreicht nochmal die Bedeutung der Forderung der wohnortnahen Unterbringung als Bedingung für die Teilhabe von Eltern am Alltag ihrer Kinder.

Ruth Strüder (Careleaver e.V.) schließt daran an und fordert, dass es mehr Fachkräfte in den Einrichtungen braucht, die Elternarbeit machen.

Leni Breymaier (SPD) ist dankbar für den offenen Austausch und dankt, für das Engagement der jungen Menschen und Eltern, um die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln zu können.

Vorurteile abbauen und Entstigmatisierung fordern und fördern!

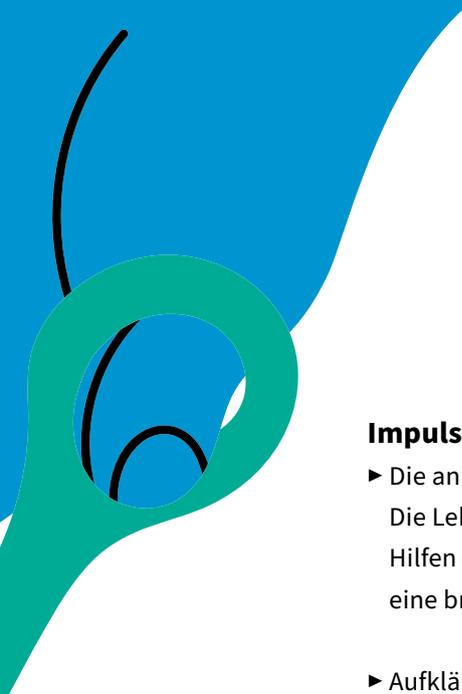


Impulse und Forderungen von Eltern

- ▶ Es darf nicht zu Stigmatisierungen führen, wenn Eltern ihr Recht auf Hilfen in Anspruch nehmen! Eltern deren Kinder in Wohngruppen leben, werden öffentlich pauschal verurteilt und schämen sich. Diese Erfahrung machen Eltern auch im Jugendamt, vor allem wenn sie Hartz IV bekommen – „Du bekommst einen Stempel aufgedrückt“.
- ▶ Es braucht andere Bilder von „Heimerziehung“. Die öffentlichen Bilder von „Heimen“ sind sehr schlecht und stammen von früher. Dies muss mit mehr öffentlicher Aufklärung und anderen erfolgreichen Geschichten unterstützt werden.
- ▶ Es gibt keine Selbstvertretung und Austauschräume von Eltern in der Kinder- und Jugendhilfe. Es braucht aber Selbstvertretungen von Eltern, die vom Bund gefördert werden müssen. Es braucht eine Unterstützung, da die Initiierung und Etablierung den Eltern nicht alleine überlassen werden kann.

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen

- ▶ Die Wünsche und Bedarfe von jungen Menschen müssen ernst genommen werden. Die angebotenen Hilfen sind oft schematisch und wenig auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt, auch werden geäußerte Wünsche oft nicht anerkannt und übergangen.
- ▶ Es braucht öffentlich geförderte Wohnungen für Careleaver*innen. Junge Menschen mit Jugendhilfeeinfahrung werden aufgrund der Vorurteile von Vermieter*innen oft bei der Suche nach einer eigenen Wohnung benachteiligt. Auch die Finanzmittel durch die Jugendhilfe stehen jungen Menschen nicht zur Verfügung, „da wird schon diskriminiert“.
- ▶ Die Defizitorientierung muss einer Ressourcenorientierung weichen. Der Fokus auf die Dinge, die noch nicht erfolgreich im Leben des jungen Menschen gelingen, reduziert diesen gegenüber der Jugendhilfe auf diese Defizite und sieht weniger die Erfolge und Stärken der jungen Menschen.
- ▶ Der Zugang zu Bildung muss nachhaltig gestärkt und gefördert werden, dies schließt auch eine strukturelle Förderung von Nachhilfe und das Ziel des höchstmöglichen Schulabschlusses ein. Junge Menschen werden in der „Heimerziehung“ eher dazu gedrängt, einen Hauptschulabschluss und eine Ausbildung zu machen, um möglichst schnell aus der Hilfe entlassen zu werden. Nachhilfe muss kompliziert beantragt werden und wird auch nur bei Versetzungsgefahr genehmigt.



Impulse und Forderungen von Jugendlichen

- ▶ Die anlasslose Aufklärung über die Kinder- und Jugendhilfe muss u.a. in Schulen passieren. Die Lehrer*innen sollten wissen, was eine Wohngruppe ist und wie Kinder und Jugendliche Hilfen durch die Jugendhilfe bekommen. Dies sollte auch Teil des Lehrplanes sein, wodurch eine breite und frühe Aufklärung sowie Sensibilisierung für dieses Thema unterstützt wird.
- ▶ Aufklären wirkt gegen Stigma – Aufklärung auch für den Weg in die Jugendhilfe. Es braucht Flyer und Informationsmaterialien auch in den Wohngruppen selbst. Flyer von den Ombudstellen und den Landesselbstvertretungen müssen immer wieder ausgehängt werden. Die Kinderrechte müssen in der Einrichtung bzw. Wohngruppe ausgehängt werden.
- ▶ Die Jugendlichen stellen eine Idee für eine App vor, die konkrete Beratungsangebote über die App und Aufklärung über die Rechte leistet. Eine interaktive Karte in der App könnte anzeigen, wo es Hilfe und z.B. Ombudstellen gibt.
- ▶ Ombudstellen müssen ausgebaut und niedrigschwellig erreichbar sein.
- ▶ Die Politik auf Landes- und Bundesebene muss sich für Selbstvertretungen in der Einrichtung einsetzen. Die Erfahrung zeigt, dass Initiativen für Selbstvertretungen auch zu Unbeliebtheit bei den Fachkräften führt, denn die wollen das zum Teil gar nicht.
- ▶ Kinder, Jugendliche und Eltern mit Erfahrung in der Kinder- und Jugendhilfe werden diskriminiert. Dies wird viel zu wenig wahrgenommen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes muss diese Diskriminierungen auch anerkennen und aktiv werden.

Rückmeldungen zu den Forderungen

Felix Döring (SPD) fragt die Eltern, was die Politik machen kann und was sie von der Bundespolitik fordern. Braucht es Orte des Austausches, eine Kampagne, braucht es Aufklärung?

Sonja Grell (Elternteil) antwortet, dass die Eltern bzw. Jugendhilfe alles und möglichst bundesweit braucht.

Nicole Knuth (FH Dortmund/Vorsitz IGfH) ergänzt, dass es auch eine finanzielle Förderung bedarf.

Leni Breymaier (SPD) weist daraufhin, dass alle in ihrem Wirken darauf achten müssen, dass das öffentliche Bild der „Heimerziehung“ sich verändert. So etwa auch im Film, vielleicht kann man auch dafür in Gesprächen mit Kolleg*innen im Kulturbereich sensibilisieren.

Was nimmt der Ausschuss mit?

Wie kann es weitergehen?

Die Ausschussvorsitzende Ulrike Bahr bedankt sich bei allen für ihr Engagement, die Berichte über die Erfahrungen und vor allem auch für die vielen konkreten Lösungsansätze. Sie erklärt, dass der Ausschuss die Vielzahl an Themen mitnehmen wird. Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz nimmt einige der Forderungen bereits auf und es muss genau geprüft werden, wie das Gesetz auch in der Praxis umgesetzt wird. Gemeinsam muss auch aufgezeigt werden, wie das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz umgesetzt werden kann.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz bedankt sich ebenfalls ganz herzlich bei den Abgeordneten, Dr. Heike Schmid-Obkirchner (Leiterin der Referatsgruppe KSR – Kinderschutz und Kinderrechte im BMFSFJ) und Anne Dahlbüding (Referentin in der Referatsgruppe KSR – Kinderschutz und Kinderrechte im BMFSFJ) sowie den Organisator*innen dieses Hearings und ganz besonders bei den jungen Menschen und Eltern. Sie ist sehr beeindruckt, wie gut die jungen Menschen und Eltern ihre Interessen vertreten und auch ausdrücken können. Sie nimmt den Wunsch nach einem deutlichen Gerechtigkeitsgefühl in den Forderungen war und zeigt sich vom pragmatischen und überindividuellen Denken tief beeindruckt.

Frau Parlamentarische Staatssekretärin Deligöz macht deutlich, dass Menschen in der Gesellschaft diskriminiert werden. Rassismus etwa betrifft viele Menschen – sie selbst auch. Sie arbeitet dafür, dass es anderen Menschen nicht so ergehen mag und Diskriminierungen verhindert werden können. Sie spannt auch den Bogen zu Eltern, die sowieso oft Angst vor dem Scheitern haben. Wenn sie sich Hilfe suchen, wird ihnen das auch noch vorgeworfen, das darf nicht sein. Die Diskriminierungserfahrungen der jungen Menschen und Eltern haben sie beeindruckt. Sie wird dieses Thema auch an die Antidiskriminierungsbeauftragte weiterreichen. Ganz praktisch knüpft sie an das Hearing an und erklärt, dass das Thema Teilhabe im Bericht des Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ aufgenommen werden soll.

Sie ermutigt die jungen Menschen und Eltern: „Bleiben Sie mutig!“





Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ) und Anne Dahlbüding (Referentin im BMFSFJ) im Gespräch mit Careleaver*innen.

Selbstvertretungen von jungen Menschen und Eltern ermöglichen!

Hearing mit Adressat*innen als Impuls für die Zukunftsgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene



Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ) und Anne Dahlbüding (Referentin im BMFSFJ) im Gespräch mit Careleaver*innen.

Kinder und Jugendliche sind Grundrechtsträger*innen und haben unhintergehbare Rechte zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung (BJK 2019: 12). Die UN-Kinderrechtskonvention sichert den jungen Menschen differenzierte Rechte zu, die durch die Vertragsstaaten völkerrechtlich verpflichtend umgesetzt werden müssen. Im deutschen Recht finden sich vor allem im SGB VIII – bzw. Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) seit 2021 – Rechtsansprüche junger Menschen auf Beteiligung, Mitbestimmung und Selbstvertretung eigener Interessen, die in der Praxis ausgestaltet werden (müssen). Die Beteiligung und Selbstvertretung eigener Interessen ist nicht nur an Lebensorten wie in (Pflege-)Familien oder Wohngruppen der stationären Jugendhilfe oder im Alltag etwa in Vereinen, Schule, KiTa zu verwirklichen, sondern auch im Prozess von politischen Entscheidungsfindungen, welche die Rahmenbedingungen der Lebenswelt von jungen Menschen betreffen. Seit einigen Jahren wird in der Jugendverbandsarbeit, Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhilfe die Stärkung und Einbindung von jungen Menschen in politische Prozesse gefordert und etwa durch die Jugendstrategie der Bundesregierung gestärkt (ebd.). Gleichzeitig fordern junge Menschen in Sozialen Bewegungen, aber auch aus der Kinder- und Jugendhilfe, mehr Mitbestimmung und Einbindung (vgl. etwa BUNDI 2022). Es ist Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe und der Fachpolitik insgesamt, diese Forderungen der jungen Menschen aufzugreifen und die Verwirklichung ihres Grundrechts auf politische Teilhabe auszugestalten.

Jugendpolitik in der Kinder- und Jugendhilfe stärken und ausgestalten!

Der Staat nimmt sich insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, die in stationären Einrichtungen (Wohngruppe) und Pflegefamilien aufwachsen, in die Pflicht, für das Wohl und die Verwirklichung ihrer Rechte Sorge zu tragen. Das KJSG stärkt die subjektive Rechtsstellung junger Menschen in der öffentlichen Jugendhilfe, so haben Adressat*innen u.a. erstmals ein Recht auf Selbstvertretung (§ 4a SGB VIII). Selbstvertretungen sollen durch die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe angeregt, gefördert und mit diesen Vertretungen soll verbindlicher zusammengearbeitet werden. Die Stellung junger Menschen in der lokalen und landesweiten Jugendpolitik – etwa im Jugendhilfeausschuss – wird damit nachhaltig gestärkt (vgl. Smessaert 2022: 55). Das Bundesjugendkuratorium hat 2019 in einer Stellungnahme herausgearbeitet, dass junge Menschen ein Recht auf politische Teilhabe haben und sich dies im Handeln der Bundespolitik widerspiegeln muss: „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind in der Politikberatung [...] eine Gruppe, die durch die bisherigen Repräsentationen in der Politikberatung und durch das erwachsenenzentrierte Verständnis von Sachverstand nur bedingt mit ihrer „Stimme“ vertreten sind. [...] Es gilt darum Formate zu entwickeln, durch die junge Menschen als zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Politikberatung wahrgenommen, anerkannt und in Politikberatungsprozesse – insbesondere auf Bundesebene – unmittelbar eingebunden und systematisch sowie nachhaltig an der politischen Wissensgenerierung beteiligt werden können“ (BJK 2019: 19). Es bedarf daher Formate zur Förderung und Einbindung von Selbstvertretungen auf Bundesebene in der Bundespolitik.

Jugendstrategie der Bundesregierung als Auftrag

Die Jugendstrategie der Bundesregierung verfolgt die Stärkung der „Möglichkeiten der Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in sie betreffenden Belangen“ (BMFSFJ 2019: 43) und zielt darauf, junge Menschen in der Politikberatung zu beteiligen (vgl. Jugendpolitikberatung im Rahmen der Jugendstrategie). Eine solche Strategie muss auch die jungen Menschen in ihrem Recht auf Mitgestaltung der politischen Rahmenbedingungen ihrer Lebenswelt wahrnehmen und damit auch Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse möglich machen.

Neben verschiedenen Formaten zur Beteiligung etwa durch Stellungnahmen, Jugendbeiräte oder auch Anhörungen/Hearings braucht es eine kritische Reflexion dieses machtvollen Gefüges zwischen jungen Menschen, Fachverbänden und Bundespolitik und Verfahren des Machtausgleiches. Hierfür ist Transparenz über den Prozess und die Mitwirkungsgrade zentral. Die Beteiligten müssen wissen, wie sie sich mit welchem Einfluss und auf welcher Ebene einbringen können. Soll die Beteiligung für alle Beteiligte ein erfolgreicher Prozess sein und neben Selbstwirksamkeitserfahrungen auch Impulse für den Beratungsprozess entwickelt werden, bedarf es eines ernsthaften Interesses an den Meinungen und Sichtweisen der jungen Menschen sowie Ansätze zum Ausgleich der Machtasymmetrie in diesem Gefüge (vgl. BJK 2019; BMFSFJ/DBJR 2022). „Das entsprechende Beteiligungsformat muss [...] nicht nur die Adressat*innen der Konsultationen identifizierbar und ihre Einbettung in Verwaltung und Politik nachvollziehbar machen, sondern auch dass es hierbei um die Vorbereitung und Beeinflussung von Entscheidungsprozessen geht, dass also der beratende Charakter im Mittelpunkt steht“ (BMFSFJ/DBJR 2022: 113). Die fachliche Begleitung und transparente Verfahren sind dem Kontext und Anliegen entsprechend mit methodischen Ansätzen zu unterlegen. Unterschiedliche Beteiligungsstrukturen und diverse Adressat*innengruppen und -zusammenhänge brauchen vielfältige methodische Ansätze, die es (möglichst) jedem jungen Menschen erlauben, sich mit seinen Interessen und Sichtweisen einzubringen. Weiterhin braucht es personelle Ressourcen, die eine ehrenamtliche Selbstvertretung junger Menschen auch fachlich begleiten und unterstützen. Ein Vorbild können hier die Landesvertretungen junger Menschen aus der stationären Kinder- und Jugendhilfe sein, die über ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen begleitend unterstützt werden (vgl. Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe – BUNDI o.J.).



Luise Pfützte (Mitarbeiterin von Denise Loop, MdB, Bündnis 90/Die Grünen) im Gespräch mit Eltern.

Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen

Die Jugendpolitik, so wird in den Einzelinitiativen und Stärkung der subjektiven Rechtsstellung deutlich, ist in der Fachpolitik und den Fachverbänden im Kontext von Kindheit und Jugend stärker angekommen. Gleichwohl wird bei der Umsetzung der Vorhaben und Einbindung der jungen Menschen zur Weiterentwicklung gemahnt. Kinder und Jugendliche mit Erfahrungen in den Erziehungshilfen werden im Kontext von Jugendbeteiligung nur wenig wahrgenommen und die Szenen von Kinder- und Jugendhilfe, Jugendverbänden und offener Jugendarbeit sind i.d.R. voneinander abgegrenzt – wie der Beteiligungsprozess zum Jugendrat Hessen zeigt (vgl. HOP! Landesjugendkongress Hessen). Dieser Eindruck wurde auch auf der Veranstaltung „Kick-off für den Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung“ am 13. bis 14. November 2022 bestätigt (vgl. Struck 2023 i.E.). Die Initiativen und rechtlichen Vorhaben zur Stärkung der Partizipation junger Menschen und der diskriminierungsfreien Teilhabe müssen gemeinsam mit den jungen Menschen ausgestaltet werden. Zentral ist hierbei alle Kinder und Jugendliche als Kinder und Jugendliche zu betrachten und einzubinden. Ausschlussmechanismen durch „Professionelle“ über Zuschreibung und/oder Zuordnungen der Lebensrealität, Kontextualisierung oder Erfahrungen wie etwa Flucht, Behinderung oder auch Leben in einer Wohngruppe oder Pflegefamilien müssen kritisch reflektiert und überwunden werden, damit alle Kinder und Jugendlichen eingebunden werden und ihre Lebensumwelt mitgestalten können.

Selbstvertretung in den Erziehungshilfen

Im Kontext der Erziehungshilfen haben die Initiativen „Dialogforum Pflegekinderhilfe – zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland“ (vgl. Dialogforum Pflegekinderhilfe o.J.) und „Zukunftsforum Heimerziehung – Initiative zur Weiterentwicklung der Heimerziehung in Deutschland“ (vgl. Zukunftsforum Heimerziehung o.J.) – beide von der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) moderiert und organisiert und vom BMFSFJ gefördert – die handlungsfeldspezifischen Anforderungen zur Verwirklichung der Rechte junger Menschen, die in der Kinder- und Jugendhilfe (zeitweise) aufwachsen, herausgearbeitet. Die Expert*innen des Zukunftsforum Heimerziehung erklären in der Abschlussbroschüre: „Die Selbstvertretung ist ein zentraler Beitrag zur Verwirklichung der Grundrechte junger Menschen und zur Gestaltung demokratischer Verfahren“ (Zukunftsforum Heimerziehung 2021: 43). Die Förderung der Selbstvertretung von Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht nur zur Verwirklichung von Rechten bedeutsam, sondern auch im Hinblick auf Selbstwirksamkeit von jungen Menschen und Eltern. So erklärt das Zukunftsforum Heimerziehung: „Erleben Adressat*innen die Hilfe als fremdgesteuert und oktroyiert, wird die Hilfe oft nicht anerkannt und angenommen. Entwickeln sie aber die



Denise Loop (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Ruth Vornefeld (Büroleiterin von Ulrike Bahr, MdB, SPD) im Gespräch mit Jugendlichen.

Rahmenbedingungen mit – etwa durch einen Kinder- und Jugendrat oder Elternbeirat –, gestaltet sich die Hilfe nicht nur stärker entlang ihrer Bedürfnisse, sondern schafft eine größere Identifikation [...] und fördert die Selbstwirksamkeit der jungen Menschen und Eltern“ (ebd.: 45). Insgesamt kann eine moderne und zukunftsorientierte „Heimerziehung“ – respektive Kinder- und Jugendhilfe – nicht auf die Sichtweisen und Impulse für ihre Weiterentwicklung verzichten, sondern bedarf dieser für eine adressat*innen- und bedarfsgerechte Ausgestaltung sowie der Verwirklichung der Rechte von Adressat*innen durch und in der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. auch Koch/Wedermann 2021).

Direkte Beteiligung in der Politikberatung – Hearing mit Bundespolitik fördern

Auch die Jugendstrategie der Bundesregierung verfolgt, wie erwähnt, die Förderung der Möglichkeiten der Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in sie betreffenden Belangen. Dies ist u.a. auf allgemeine jugendpolitische Fragestellung zu beziehen und alle jungen Menschen mit ihren vielfältigen Hintergründen sind einzubinden. Es braucht daneben aber auch Möglichkeiten der Beteiligung junger Menschen mit gemeinsamen Interessen und Lebenshintergründen, die von bundespolitischen Rahmenbedingungen gekennzeichnet sind – wie etwa das Aufwachsen in einer Wohngruppe oder Pflegefamilie. Der Lebensalltag dieser jungen Menschen, die in der öffentlichen Jugendhilfe leben, ist stark von gesetzlichen Rahmungen über das SGB VIII und über Landesrahmenverträge in den Bundesländern strukturiert.

Einen Austausch mit den jungen Menschen und Eltern, die diese gesetzlichen Bestimmungen betreffen, gibt es bisher nur wenig – bis gar nicht. Sie sind bisher in der Politikberatung und damit in der Einflussnahme auf politische und gesetzliche Initiativen bisher unzulänglich repräsentiert (BJK 2019). Das Hearing mit jungen Erwachsenen am 12. Mai 2016 im BMFSFJ zum Thema „Rechte im Übergang – Die Begleitung und Beteiligung von Care Leavern“ (vgl. IGfH/Universität Hildesheim 2016) und das Hearing „Listen to us!“ Zur Weiterentwicklung der Heimerziehung am 19. September 2022 im Deutschen Bundestag (siehe diese Dokumentation) haben eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig dieser direkte Austausch zwischen jungen Menschen, Eltern und Fachpolitiker*innen ist. Eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendhilfe, die das Recht auf politische Teilhabe – auch in der Politikberatung – ernstnimmt, braucht transparente Verfahren und eine strukturelle Verankerung der Beteiligung junger Menschen in der Bundespolitik. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Anhörungen bzw. Hearings einen direkten Austausch zwischen jungen Menschen, Eltern und Fachpolitik fördern und Einsichten zur Lebenssituation und gesetzlichen



Fachaustausch im Saal des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag.

Rahmung des Alltags in der öffentlichen Jugendhilfe ermöglichen. Selbstvertretungen von Adressat*innen werden somit u.a. zu wichtigen Referenzen in der prozesshaften Evaluation von gesetzlichen Rahmenbedingungen. Fachverbände können in diesem Prozess unterstützende Hilfestellungen geben, jedoch muss das Ziel die strukturelle Einbindung von Selbstvertretungen aus den Erziehungshilfen etwa im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages sein.

Selbstvertretungen infrastrukturell fördern und absichern

Die Beteiligung junger Menschen braucht neben fachlicher Unterstützung und Räume für Selbstwirksamkeit auch Ressourcen, die durch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe getragen werden müssen. Selbstvertretungen brauchen neben engagierten Menschen, die sich mit ihren Interessen (ehrenamtlich) für das Gemeinwohl engagieren, auch langfristige hauptamtliche Unterstützungen. Wie der Beteiligungsprozess für das KJSG gezeigt hat, braucht die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe die Sichtweisen und fachlichen Impulse der Selbstvertretungen – etwa dem Careleaver e.V. oder BUNDI. Die Kinder- und Jugendhilfe darf darauf nicht verzichten, aber von den jungen Menschen auch nicht verlangen, dauerhaft ehrenamtlich etwa Anhörungen wahrzunehmen und Stellungnahmen zu verfassen. Fachverbände der Kinder- und Jugendhilfe werden u.a. durch den Kinder- und Jugendplan für genau diese Aufgaben im Bundesinteresse auskömmlich durch den Bund finanziert. Diese Benachteiligung von Selbstvertretungen darf nicht fortgeschrieben werden: Selbstvertretungen müssen ebenso infrastrukturell und damit auf Dauer – auch zu der Wahrung der Unabhängigkeit – gefördert werden, wie andere Fachverbände der Kinder- und Jugendhilfe.



Gruppenfoto vor dem Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag.

Literatur

Bundesjugendkuratorium (2019): Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene. URL: https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/press/BJK_Politikberatung.pdf, Stand: 02.12.2022.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/ Deutscher Bundesjugendring (2022): Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis. URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-204012>, Stand: 02.12.2022.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-146332>, Stand: 02.12.2022.

Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI) (2022): Wir brauchen eine Politik, die sich was traut! Es braucht auch in Coronazeiten endlich eine jugendgerechte Politik! URL: https://www.gehoert-werden.de/media/filer_public/dc/cf/dccfae7a-8c8c-42f8-b17b-6fc9682ae1dd/bundi_wir_brauchen_eine_politik_die_sich_was_traut.pdf, Stand: 02.12.2022.

Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe (BUNDI) (o.J.): Die bestehenden Interessenvertretungen aus bislang fünf Bundesländern haben sich zum Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen (BUNDI) zusammengeschlossen. URL: <https://www.jvj-nrw.de/de/interessenvertretung-bundesweit>, Stand: 02.12.2022.

Dialogforum Pflegekinderhilfe (o.J.): Dialogforum Pflegekinderhilfe Initiative zur Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe. URL: www.dialogforum-pflegekinderhilfe.de, Stand: 02.12.2022.

HOP! Landesjugendkongress Hessen (2019): Konzeptpapier: Jugendbeteiligung auf Landesebene. URL: <https://hop-landesjugendkongress.de/jugendbeteiligung/jugendbeteiligung-auf-landesebene>, Stand: 02.12.2022.

IGfH/Universität Hildesheim (2016): Careleaver Hearing am 12. Mai 2016 im BMFSFJ. Dokumentation. URL: <https://igfh.de/publikationen/broschueren-expertisen/rechte-im-uebergang-begleitung-beteiligung-von-care-leavern>, Stand: 02.12.2022.

JugendPolitikBeratung (o.J.): Projekt im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung. URL: <https://jugendpolitikberatung.de>, Stand: 02.12.2022.

Koch, Josef/ Wedermann, Stefan (2021) „Heimerziehung“ rechtsbasiert mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) weiterentwickeln. Impulse aus dem Zukunftsforum Heimerziehung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 11/2021. S. 535-539.

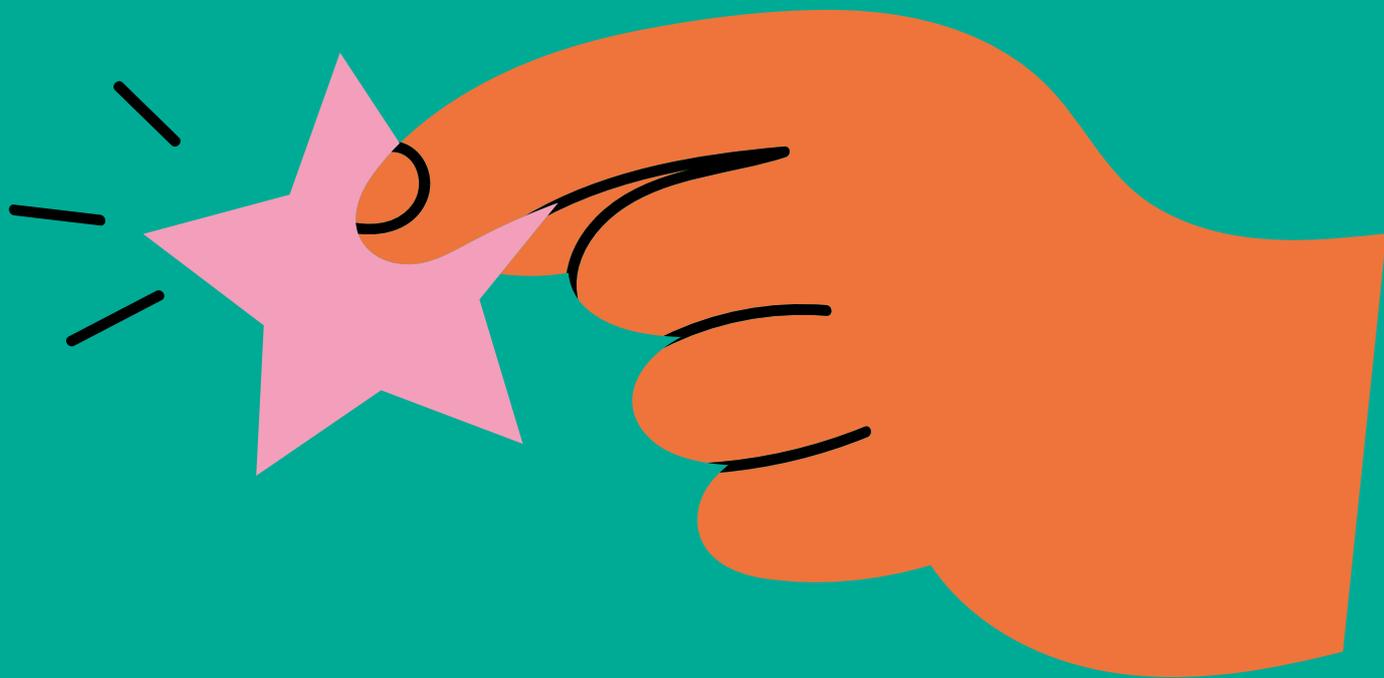
Smessaert, Angela (2022): Selbstvertretungen. In: Thomas, Meysen/ Katharina Lohse/ Lydia Schönecker / Angela Smessaert (Hrsg.): Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG. Baden-Baden: Nomos. S. 51-57.

Struck, Norbert (2023 i.E.): „Kick-Off für den Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung“ am 13. bis 14. November 2022 in Berlin. In: Forum Erziehungshilfen 1/2023.

Zukunftsforum Heimerziehung (o.J.): Zukunftsforum Heimerziehung. Initiative zur Weiterentwicklung der Heimerziehung. URL: www.zukunftsforum-heimerziehung.de, Stand: 02.12.2022.

Zukunftsforum Heimerziehung (2021): Zukunftsimpulse für die » Heimerziehung«. Eine nachhaltige Infrastruktur mit jungen Menschen gestalten! Frankfurt am Main: IGfH-Eigenverlag. Download URL: <https://igfh.de/zukunftsimpulse-fuer-heimerziehung>, Stand: 02.12.2022.

Anhänge



Programmablauf

Termin: 19. September 2022 von 10.30 bis 15:30 Uhr
Raum: 2.200 im Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag
ab 10:30 Uhr Ankommen mit Stehkafee

come in touch: Workshop mit jungen Menschen und Eltern

- 11:00 Uhr Begrüßung**
Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ)
- 11:15 Uhr Zukunftsforum Heimerziehung – Ein kurzer Überblick**
Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)
- 11:30 Uhr Einblicke in die „Heimerziehung“**
drei Runden als direkte Tischdiskussionen jeweils 20 Minuten
- ▶ Austausch mit Eltern (Moderation: Prof. Dr. Nicole Knuth, Josef Koch)
 - ▶ Austausch mit Jugendlichen (Moderation: Lucas-Johannes Herzog, Prof. Dr. Hans-Ullrich Krause)
 - ▶ Austausch mit Careleaver*innen (Moderation: Elsa Thurm, Stefan Wedermann)
- 12:30 Uhr What To-do? Statements von Politiker*innen**
Prof. Dr. Nicole Knuth und Josef Koch (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen)

13:00 Uhr Mittagspause

Fachgespräch des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- 14:00 Uhr Begrüßung**
Ulrike Bahr (Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- 14:10 Uhr Impulse und Forderungen an die Bundespolitik**
Impulse von Jugendlichen, Careleaver*innen und Eltern zu den Themen:
- ▶ Rechte in der „Heimerziehung“
 - ▶ In Kontakt bleiben
 - ▶ Vorurteile abbauen – Entstigmatisierung
- Mit Rückfragerunden der Ausschussmitglieder
- 15:10 Uhr Was nimmt der Ausschuss mit? Wie kann es weitergehen?**
Ulrike Bahr (Ausschussvorsitzende),
Ekin Deligöz (Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ) zusammen mit Ausschussmitgliedern

15:30 Uhr Ende des Hearings

15:30 Uhr Ausklang des Hearings – Stehkafee und Gebäck

16:00 Uhr Abreise

Teilnehmer*innen

Name	Vorname	Organisation
Adler	Katja	Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion
Bahr	Ulrike	Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion / Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bartosz	Sabine	Kinderhaus Berlin-Mark Brandenburg
Born	Karn	Vertreter Landesjugendhilferat Rheinland-Pflaz
Böttcher	Jessica	House-of-Dreams Dresden
Breymaier	Leni	Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Brüninghold	Paula	Mitglied der Werkstatt mit Jugendlichen Zukunftsforum Heimerziehung
Dahlbüdding	Anne	Referentin in der Arbeitsgruppe Kinderschutz und Kinderrechte im BMFSFJ
Deligöz	Ekin	Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ / Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Döring	Felix	Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Edelhäuser	Ralph	Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Frank	Paul-Moritz	Landesheimrat Hessen
Gmyrek	Anna	Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
Grell	Sonja	Mitglied der Elternwerkstatt Zukunftsforum Heimerziehung
Herzog	Lucas-Johannes	Vorstandsmitglied der IGfH / Jugendamt Stuttgart
Kane	Angela	Ev. Stiftung Overdyck Bochum
Keßler	Lea	Mitarbeiterin von Felix Döring, MdB
Knuth	Prof. Dr. Nicole	Vorsitzende der IGfH / FH Dortmund
Koch	Josef	Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
Krause	Prof. Dr. Hans-Ullrich	Vorsitzender der IGfH / Kinderhaus-Berlin Mark Brandenburg

Name	Vorname	Organisation
Loop	Denise	Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Lorenz	Thomas	House-of-Dreams Dresden
Lukianoff	Alain Timur	Landesheimrat Hessen
Merkel	Alexander	Careleaver e.V. / Careleaver*innen-Werkstatt Zukunftsforum Heimerziehung
Müller	Luca Philipp	Vertreter Landesheimrat Bayern
Pfütze	Luise	Wissenschaftliche Mitarbeiterin von Denise Loop, MdB
Pham	Maikel	ehemals Kinderhaus Berlin-Mark Brandenburg
Raphael	Daline	Careleaver e.V.
Reichinnek	Heidi	Mitglied der Bundestagsfraktion von Die Linke
Schmid-Obkirchner	Dr. Heike	Leiterin der Arbeitsgruppe Kinderschutz und Kinderrechte im BMFSFJ
Schmidt	Lisa	Mitglied der Elternwerkstatt Zukunftsforum Heimerziehung
Strüder	Ruth	Careleaver e.V. / AWAK Brückensteine
Thümer	Petra	Büroleiterin von Ralph Edelhäuser, MdB
Thurm	Elsa	Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V. Dresden
Tiessen	Jonathan	Landesheimrat Hessen
Vornefeld	Dr. Ruth	Büroleitung von Ulrike Bahr, MdB
Wedermann	Stefan	Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
Westphal	Lea	Mitglied der Careleaver*innen-Werkstatt





Danke